

Antrag

der Abgeordneten Michael Schlecht, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Harald Koch, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Dr. Herbert Schui, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

Pluralistischen Ansatz bei Auswahl der Forschungsinstitute für die Gemeinschaftsdiagnose gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bei der Auswahl der Wirtschaftsinstitute für das Forschungsprojekt „Gemeinschaftsdiagnose“ insbesondere darauf zu achten, dass unterschiedliche theoretische und methodische Ansätze bei der Gutachtenerstellung einfließen.

Berlin, den 20. April 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Im Forschungsprojekt „Gemeinschaftsdiagnose“ (GD) wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland, in der Euro-Zone und in der Welt analysiert und prognostiziert.

Ziel der GD ist die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Ableitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen in einem gemeinschaftlichen Gutachten mehrerer Wirtschaftsforschungsinstitute. In der Leistungsbeschreibung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie steht, dass durch die Zusammenarbeit verschiedener Wirtschaftsinstitute die Analyse, die Prognose und die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Dialog und im Wettstreit mit verschiedenen theoretischen und methodischen Ansätzen bestmöglich fundiert werden sollen. Dazu ist es notwendig, bei der Auswahl der maximal vier Auftragnehmer darauf zu achten, dass neben den Kriterien Qualität und Preis insbesondere die Verschiedenheit der theoretischen und methodischen Ansätze zum Tragen kommt.

Nicht zuletzt die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Politik auf alternative wirtschaftswissenschaftliche Ansätze – jenseits der an deutschen Instituten mehrheitlich vertretenen Theorien – angewiesen ist, um Krisen vorbeugen zu können.

